



URNER GEMEINDEVERBAND

Newsletter des Urner Gemeindeverbands zur Herbsttagung am 5. November 2021

Vorwort

Sehr geehrte Gemeindepräsidentinnen
Sehr geehrte Gemeindepräsidenten
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Sehr geehrte Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber
Sehr geehrte Damen und Herren



Die Statuten des Urner Gemeindeverbands stammen aus dem Jahr 2005. Nach fünfzehnjähriger Verbandstätigkeit erachtete es der Vorstand des Gemeindeverbands an der Zeit, die Statuten zu überarbeiten und den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Zudem wollte der Vorstand die Gemeinden mehr miteinbeziehen, insbesondere auch jenen, die noch nie im Vorstand vertreten waren. Deshalb schwebte dem Vorstand gar eine Erhöhung der Vorstandsmitglieder vor.

Der UGV-Vorstand hat anlässlich der Gemeindepräsidien-Konferenz Ende September über die geplanten Änderungen informiert. An der Herbsttagung des Urner Gemeindeverbands vom Freitag, 5. November 2021, in Isenthal wären nun eigentlich die Revision der Statuten sowie jene des Reglements des Urner Gemeindeverbands über die Entschädigung, Sitzungsgelder und Spesenvergütungen traktandiert gewesen. Aufgrund der Vernehmlassungsantworten hat der Vorstand des Urner Gemeindeverbands entschieden, die beiden Geschäfte abzutraktandieren. Somit ist auch die Erhöhung der Anzahl Vorstandsmitglieder vorerst kein Thema.

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Statutenrevision sind von Seiten der Urner Gemeinden eine Vielzahl von Rückmeldungen mit ganz unterschiedlichen Ideen und Anregungen eingegangen. Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands wird sich in den kommenden Monaten einer Grundsatzdiskussion stellen müssen, wie der Verband künftig aufgestellt werden soll. Hat sich der Gemeindeverband in seiner heutigen Form bewährt? Was sollen seine Kompetenzen und Aufgaben sein? Darf der Gemeindeverband überhaupt Stellungnahmen bei Vernehmlassungen abgeben? Wie soll sich der Vorstand zusammensetzen? Sollen auch Gemeindeschreiber/innen im Vorstand Einsitz nehmen? Wie stark soll der Verband künftig sein? Gefährdet ein starker Gemeindeverband die Autonomie der einzelnen Gemeinden?

Vielleicht haben wir uns die Statutenänderung zu einfach vorgestellt. Bestimmt war die Vernehmlassungsfrist zu kurzfristig angesetzt. Und sicher haben wir mit unseren Überlegungen Diskussionen losgetreten, die es ohne die geplante Statutenänderung vielleicht so nicht gegeben hätte. Diese Diskussionen müssen wir nun unbedingt führen. Nur so kann der Gemeindeverband sich künftig für die Anliegen der Urner Gemeinden einsetzen. Der Vorstandsvorstand ist bestrebt, im kommenden Jahr gemeinsam mit den Gemeinden in Form einer Arbeitsgruppe die künftige Organisation des Gemeindeverbands zu erarbeiten.

Judith Durrer, Seelisberg
Präsidentin Urner Gemeindeverband

Wechsel im Vorstand des Gemeindeverbands

Daniela Planzer-Nauer hat per Ende 2021 ihre Demission als Vorstandsmitglied eingereicht. Die Sozialvorsteherin der Gemeinde Schattdorf war anlässlich der Herbsttagung 2018 in Wassen in den Vorstand gewählt worden und war seit 2020 auch Mitglied des Ausschusses. Der Vorstand dankt ihr für ihr grosses Engagement und ihre grosse Zuverlässigkeit. Anlässlich der Herbsttagung vom 5. November 2021 wurde nun Bruno Gamma, Gemeindepräsident von Schattdorf, in den Vorstand gewählt.



Daniela Planzer



Bruno Gamma

Budget 2022

Das Budget 2022 des Urner Gemeindeverbands wurde den Gemeinden gemeinsam mit der Einladung zur Herbsttagung verschickt. Die meisten Budgetkonten bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Hier sind aber noch einmal die wichtigsten Punkte zum Budget erläutert:

Erfolgsrechnung

Der Urner Gemeindeverband rechnet im kommenden Jahr mit einem kleinen Verlust: Der Aufwand wird mit 213'808.50 Franken veranschlagt, auf der Ertragsseite wird mit 207'808.50 Franken gerechnet. Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands budgetiert ganz bewusst ein kleines Defizit von 6000.00 Franken. Damit sollen einerseits die Gemeinden entlastet werden, andererseits soll das Verbandsvermögen nicht stets zunehmen.

Regionalmanagement

Christine Widmer Baumann ist in einem 50-Prozent-Pensum für das NRP-Regionalmanagement beim Gemeindeverband angestellt. Das Regionalmanagement schlägt mit Lohnkosten, Spesen sowie Sozialversicherungen mit insgesamt rund 105'340 Franken zu Buche. Diese Ausgaben werden aber gemäss einer Leistungsvereinbarung vollumfänglich vom Kanton via Volkswirtschaftsdirektion rückvergütet. Zudem erhält der UGV seit 2021 im Rahmen des NRP-Regionalmanagements jährlich eine Pauschale von 10'000 Franken für die administrativen Aufwände der Geschäftsstelle, die in Zusammenhang mit dem Regionalmanagement stehen.

Gemeindebeiträge

Es ist dem Vorstand des Urner Gemeindeverbands ein grosses Anliegen, die Gemeinden nicht finanziell zu strapazieren. Dank des haushälterischen Umgangs mit den Finanzen können die Gemeindebeiträge gegenüber dem Vorjahr sogar leicht gesenkt werden. Die Gemeinden müssen 2022 pro Einwohner 2,5030 Franken bezahlen (Vorjahr 2,5260 Franken).

Informationen aus dem UGV-Vorstand

Vorbeugender Brandschutz

Der Urner Gemeindeverband hatte 2018 eine achtköpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, die unter der Leitung von Stefan Tresch ein Konzept erarbeitet hatte, wie der vorbeugende Brandschutz im Kanton Uri optimiert werden könnte. Da die jetzige Situation im Bereich vorbeugender Brandschutz nicht in allen Gemeinden zufriedenstellend ist und die Aus- respektive Weiterbildungen der Brandschutzpersonen für die Gemeinden hohe Kosten mit sich bringen, hat die Arbeitsgruppe vier mögliche Lösungsvarianten aufgezeigt und im Dezember 2019 den Gemeinden zur Vernehmlassung geschickt. Die vier Varianten waren: Schaffung einer kantonalen Brandschutzfachstelle, eine zentrale Brandschutzfachperson für den ganzen Kanton, überregionale kommunale Brandschutzfachpersonen oder die Beiziehung eines externen Büros. Die Rückmeldungen der Gemeinden auf die vier Vorschläge zeigen damals ein sehr heterogenes Bild der Erwartungen und Bedürfnisse. Daher war es fast unmöglich, ein allgemeingültiges Konzept für alle Gemeinden zu erarbeiten. Folglich wurde das Projekt im Frühjahr 2020 abgebrochen.

Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands hat im Juni 2020 dann aber entschieden, das Projekt „Vorbeugender Brandschutz“ dennoch weiterzuführen – und dies, obwohl keine einheitliche Lösung für den Kanton Uri gefunden werden konnte. Die Arbeitsgruppe blieb somit bestehen. Sie wurde beauftragt Prozessabläufe, Checklisten und Hilfsmittel für die Gemeinden zu erarbeiten. Die erarbeiteten Prozesse und Checklisten wurden anschliessend von vier Gemeinden in der Praxis getestet. Nun konnte das Projekt abgeschlossen werden. Die Gemeinden respektive die Gemeindeverwaltungen werden Ende November eine rund 40-seitige Arbeitshilfe erhalten, um die Brandschutzrelevanz in verschiedenen Themen besser zu erkennen.

Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands dankt den engagierten Mitgliedern der Arbeitsgruppe recht herzlich für ihren grossen Einsatz.

Zentrumsleistungen

Das Prinzip der Zentrumsleistungen sorgt im Kanton Uri immer wieder für Diskussionen. Das zeigten die im Juli 2020 von den Gemeinden eingereichten Mitberichte zum Wirkungsbericht 2020 deutlich. Der Urner Gemeindeverband hat nun eine relativ grosse und breit abgestützte Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie ist derzeit daran, konkrete Vorschläge für einen allfälligen Systemwechsel auszuarbeiten. Diese sollen den Gemeinden zu einem späteren Zeitpunkt zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Pflichtenheft Geschäftsstelle

Das Pflichtenheft der Geschäftsstelle, welches 2005 erarbeitet worden ist, wurde im Frühjahr 2021 überarbeitet und ergänzt. Der Vorstand hat das neue Pflichtenheft anlässlich seiner Junisitzung verabschiedet.

Gemeindepräsidenten-Konferenz

Am Freitag, 24. September 2021, führte der Urner Gemeindeverband in Sisikon die Gemeindepräsidenten-Konferenz durch. Sie widmete sich den Themen «Urner Gemeindeverband 2030», «Urner Sozialwesen 2030» und «Urner Volksschulbildung 2030». Judith Durrer (Präsidentin Urner Gemeindeverband), Sandro Arnold (Präsident Schulkommission Silenen) und Helen Furrer (Leiterin Sozialdienst Uri Ost) hielten am Vormittag kurze Inputreferate über Herausforderungen in den entsprechenden Themengebieten. Nach dem Mittagessen diskutierten die Vertreterinnen und Vertreter der neunzehn Gemeinden in Gruppen über die entsprechenden Themen. Dabei zeigte sich, dass die Gemeinden bei diversen Themenfeldern einen handlungs- und koordinationsbedarf zwischen Gemeinden und Kanton sehen. Im Bildungsbereich stellt insbesondere die Digitalisierung für die Gemeinden eine personelle und finanzielle Herausforderung dar. Auch die künftige Abdeckung von Tagesstrukturen wirft Fragen auf. Im Bereich Soziales ist derzeit vor allem die Organisation der Schulsozialarbeit ein grosses Thema der Gemeinden. Zudem machen sich mehrere Gemeinden aktuell Gedanken über die Strukturen im Sozialbereich. So sind teilweise die Kompetenzen von Sozialrat und Sozialdienst nicht abschliessend geregelt, zudem ist auch der Zusammenschluss der bestehenden Sozialdienste wieder Thema. Weiter wurden in der dritten Gruppendiskussion auch viele Anliegen an den Gemeindeverband herangetragen.

Der Vorstand des Gemeindeverbands erachtete die Diskussionen der Gemeindepräsidenten-Tagung als enorm wichtig und wertvoll. Er versucht nun, verschiedenste sich aufdrängende und an der Gemeindepräsidenten-Konferenz geäusserte Anliegen und Themen aktiv anzugehen.

Zusammenschluss Urner Sozialdienste

Die Sozialdienste Uri Ost und Urner Oberland prüfen derzeit einen Zusammenschluss – dies insbesondere auch, um Kosten im Sozialbereich einzusparen. Die Erfahrung zeigt, dass kleine Sozialdienste oftmals Probleme bekunden, gutes Personal zu rekrutieren. Zudem können Personalwechsel sowie Abwesenheiten von Angestellten oftmals nur schwer kompensiert werden. Zudem geht bei Personalwechsel oftmals Wissen verloren, was immer wieder zu hohen Kosten führt. Die elf involvierten Gemeinden haben im Frühjahr nun ein Grobkonzept für das weitere Vorgehen erarbeitet. Sie begrüssen alle einen allfälligen Zusammenschluss. Eine Arbeitsgruppe der beiden Sozialräte Uri Ost und Urner Oberland ist nun daran, ein Detailkonzept für die Zusammenlegung der beiden Sozialräte auszuarbeiten. Dabei wird grob mit Kosten von 25'000 bis 30'000 Franken (inkl. externe Projektbegleitung) gerechnet. Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands unterstützt die Erarbeitung des Detailkonzepts mit 10'000 Franken. Der Betrag soll im Budget 2021 unter dem Posten „Projekte“ abgebucht werden. Der Entscheid des UGV-Vorstands für den Unterstützungsbeitrag wird damit begründet, dass eine Mehrheit der Gemeinden vom geplanten Zusammenschluss betroffen ist. Der Vorstand des Gemeindeverbands verpflichtete die Arbeitsgruppe zudem im Rahmen des Projekts abzuklären, was es finanziell heissen würde, wenn es im Kanton Uri lediglich noch einen Sozialdienst für alle Gemeinden gäbe.

Zukunft Langzeitpflege in Uri

Nach kantonalem Recht liegen die Aufgaben und Kompetenzen für die Langzeitpflege gemeinsam in den Händen von Kanton und Gemeinden. In die Zuständigkeit des Kantons fallen die ambulante Langzeitpflege (Spitex), der Entlastungsdienst für pflegende Angehörige, das Tagesheim und der Mahlzeitendienst. Den Gemeinden obliegt die Sicherstellung der stationären Langzeitpflege (Pflegeheime) sowie das weite Themenfeld rund um Wohnen und Leben im Alter. Die Urner Gemeinden sind im Bereich der Langzeitpflege mit grossen Herausforderungen konfrontiert – vor allem finanzieller Art. Um die vielfältigen Herausforderungen im Bereich der Langzeitpflege im Kanton Uri zu bearbeiten und die künftige Aufgabenteilung zu prüfen, soll nun ein gemeinsames Projekt von Kanton und Gemeinden gestartet werden. Die Zeit drängt. Die Zukunft der Langzeitpflege muss bis zur nächsten FiLa-Periode umgesetzt werden. Daher soll das Projekt noch in diesem Jahr Fahrt aufnehmen. Aufgrund der Dringlichkeit haben die Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion und der Urner Gemeindeverband demnächst eine kurzfristig angesetzte Informationsveranstaltung organisiert.

Verschiedene Vertretungen gestellt

Der Urner Gemeindeverband delegierte in den vergangenen Monaten diverse Personen in Gremien oder an Anlässe. Anbei eine unvollständige Aufzählung: Arbeitsgruppe «URInformatik», Workshop Digitalisierungsstrategie, GV Urner Gemeindepersonalverband, Treffen Deutschschweizer Gemeindeverbände, GV Verband Schwyzer Gemeinden und Bezirke, Fachgruppe Weiterbildung vszgb, Austauschtreffen mit Urner Justizdirektion,

Vernehmlassungen / Stellungnahmen seit April 2021

Revision des Gesetzes über Schule und Bildung

Derzeit läuft im Kanton Uri die Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über Schule und Bildung. Die Gesetzesrevision war vom Regierungsrat mit dem Regierungsprogramm 2016 bis 2020+ angesprochen worden. Das Revisionsvorhaben führt das Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung (BWG, RB 70.1101) mit dem Schulgesetz zusammen; gleichzeitig werden volksschulspezifische Gesetznormen aus dem bestehenden Schulgesetz in die Schulverordnung verschoben. Das neue Bildungsgesetz wird Auswirkungen auf die Gemeinden haben. Der Urner Gemeindeverband wird daher den Gemeinden zur nun laufenden Vernehmlassung wiederum eine Muster-Vernehmlassungsantwort zukommen zu lassen. Dazu soll erneut Arbeitsgruppe eingesetzt werden, welche die Mustervorlage an einem Treffen erarbeiten soll

Änderung der Personalverordnung und des -reglements des Kantons

Die Personalverordnung des Kantons Uri stammt aus dem Jahr 1999. Seit dem Erlass wurden nur einzelne, kleine Teilrevisionen durchgeführt. Nach zwei Jahrzehnten besteht das Bedürfnis, die Regelungen der Anstellungsverhältnisse aus einer Gesamtperspektive zu betrachten und den veränderten Anforderungen der heutigen Arbeitswelt anzupassen. Die wichtigsten Neuerungen betreffen die Bereiche Probezeit, Kündigungsschutz sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da die meisten Urner Gemeinden sich bezüglich Personalverordnung respektive Personalreglement dem Kanton Uri anleihen, haben die geplanten Änderungen direkte (finanzielle) Auswirkungen auf die Gemeinden als Arbeitgeberinnen. Der Urner Gemeindeverband hat daher in einer breitabgestützten Arbeitsgruppe eine Musterantwort zuhanden der Gemeinden als Arbeitgeberinnen ausgearbeitet.

Totalrevision des Gesetzes über die obligatorische Gebäudeversicherung

Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands begrüsst die Totalrevision des Gesetzes über die obligatorische Gebäudeversicherung. Die Totalrevision verfolgt keine komplett neuen Stossrichtungen, denn das 1993 eingeführte und 2008 teilrevidierte Gebäudeversicherungsgesetz hat sich bestens bewährt. In der Praxis wurden bisher lediglich marginale Gesetzeslücken und Unsicherheiten festgestellt. Die Totalrevision beinhaltet daher grossmehrheitlich formelle Änderungen und soll bezwecken, dass das Gesetz rechtssicherer, übersichtlicher und für die Bürgerinnen und Bürger besser sowie verständlicher lesbar wird.

Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern im Kanton Uri zur Vereinfachung des Schätzungswesens (StG 2022 – URIEval)

Der Vorstand des Urner Gemeindeverbands beurteilte es als positiv, dass der Kanton im Rahmen der dringend nötig gewordenen Ablösung der Bewertungssoftware das heutige Schätzungsverfahren hinterfragt und neu zu konzeptionieren versucht. Die nun vorgeschlagene Vereinfachung der Grundstückschätzung bietet verschiedenste Vorteile. Aus Sicht der Gemeinden sind sicher die viel tieferen Kosten für die steueramtliche Schätzung zu erwähnen, was auch bei den Gemeinden zu Kosteneinsparungen führen wird. Es ist dabei jedoch zu beachten, dass die Einführung der neuen Schätzungsmethode am Schluss nicht zu Ungunsten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausfällt. Konkret heisst dies, dass die neue Schätzungsmethode nicht einfach zu höheren Steuern führen darf. Der Urner Gemeindeverband kritisierte zudem, dass im Vernehmlassungsbericht keine Aussagen gemacht werden, wie sich die Gesetzesrevision finanziell auswirken wird. Zudem vertrat der Gemeindeverband die Ansicht, dass die Einführung der Schätzungsmethode nicht etappiert umgesetzt werden kann, sondern für alle Gemeinden auf den gleichen Stichtag zu erfolgen hat.

«Digitaler Wandel in der Volksschule»: Revision der ICT-Richtlinien

Die Digitalisierung gehört inzwischen in vielen Bereichen zum Alltag. Das Bildungswesen und die Urner Volksschule müssen sich entsprechend darauf ausrichten. Da die Revision der ICT-Richtlinien (finanzielle) Auswirkungen für die Gemeinden haben wird, hat der Vorstand des Urner Gemeindeverbands beschlossen, den Gemeinden eine Muster-Vernehmlassungsantwort diesbezüglich zukommen zu lassen. Grundsätzlich werden die neuen ICT-Richtlinien vom Gemeindeverband begrüsst. Er hat sich jedoch dazu entschlossen, dennoch einige Punkte in die Vernehmlassung zu thematisieren.

Finanzleitbild Kanton Uri

Im neuen Finanzleitbild des Kantons Uri heisst es, dass der Kanton darauf hinwirken soll, dass die

Gemeinden den Abbau von Disparitäten künftig vermehrt selbst finanzieren sollen. Dies sorgte Anfang Sommer bei den Gemeinden für grosse Verunsicherungen. Die Gemeinden befürchten, dass der Kanton sich zunehmend vom vertikalen Ressourcenausgleich verabschieden möchte, währenddessen die Gebergemeinden stärker zur Kasse gebeten werden. Dies würde den Grundsätzen widersprechen, die dem Erfolgsmodell des Urner Finanz- und Lastenausgleichs zu Grunde liegen. Deshalb hat sich der Urner Gemeindeverband entschlossen, beim Urner Regierungsrat Stellung zum neuen Finanzleitbild zu nehmen. Anlässlich eines Treffens des UGV-Vorstands mit dem Regierungsrat im November 2021 soll die Angelegenheit besprochen werden.

Hinweis: Vernehmlassungsantworten auf der UGV-Website

Dem Urner Gemeindeverband ist es nicht immer möglich, zu allen Vernehmlassungen eine Stellungnahme auszuarbeiten. Dies ist aus politischen Gründen auch nicht immer angebracht. Falls Gemeinden ihre Vernehmlassungsantworten digital der Geschäftsstelle zustellen, werden diese vom Geschäftsstellenleiter auf die Website www.gemeindeverband.ch aufgeschaltet und können so anderen Gemeinden als Vorlage dienen.

Regionalmanagement

Die Neue Regionalpolitik (NRP) des Bundes hat zum Ziel, die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit strukturschwacher Regionen zu fördern. Sie unterstützt Projekte, die nachhaltige Wachstumsimpulse auslösen und attraktive Arbeitsplätze schaffen. Im Kanton Uri konnten seit der Einführung der NRP viele Projekte von Darlehen oder A-fonds-perdu-Beiträgen profitieren. Der Urner Gemeindeverband hat für Interessierte nun neue Informationsunterlagen erarbeitet, welche über die Kriterien und über bereits realisierte Projekte orientiert. Die Unterlagen sind online auf der Website des Urner Gemeindeverbands einsehbar.

UKB-Strukturimpulse: Ein Drittel der Gesamtsumme ist verteilt

Die Urner Kantonalbank will die Gemeinden bei den strukturellen Herausforderungen aktiv unterstützen. Bis 2023 wird sie Projekte von Gemeinden mit insgesamt 500'000 Franken fördern. Die UKB-Strukturimpulse lehnen sich an die Kriterien der Neuen Regionalpolitik (NRP) an. Projekte, die von den Strukturimpulsen profitieren wollen, müssen von mindestens einer Gemeinde unterstützt werden. Für ein Projekt im konzeptionellen Stadium gibt es maximal 10'000 Franken, für ein Umsetzungsprojekt maximal 25'000 Franken. Das Konzept der Strukturimpulse wurde von der Urner Kantonalbank, der Volkswirtschaftsdirektion Uri und dem Urner Gemeindeverband erarbeitet. Dabei sind auch Anregungen der Gemeinden berücksichtigt worden.

Bisher hat die UKB Gelder in der Höhe von 248'000 Franken gesprochen, wovon aber erst ein Teil ausbezahlt worden ist. Damit können oder konnten bereits folgende Projekte unterstützt werden: Geschichtsreise Seelisberg, Projekt TempCamp, Vorstudie zur Kunsteisbahn in Spiringen, eine Aussichtsplattform im Turm von Hospental, der Gotthard-Bahntag, eine Machbarkeitsstudie für die Vermarktung von einheimischen Produkten («Hiäs-X»), die Sporthalle Grund in Amsteg, der Dorfladen Spiringen, ein Gästetool für die Bahnen entlang des Schächentaler Höhenwegs, eine Studie zur Neugestaltung des Seeufers in Flüelen, das Infocenter bei der Tunnelbaustelle in Göschenen, das Konzept des Urner Sagenwegs in Isenthal sowie weitere Projekte.

Hinweis: Mehr Infos zu den UKB-Strukturimpulsen und zum NRP-Programm erhalten Sie auf der Website des Gemeindeverbands oder direkt bei Christine Widmer Baumann.

Weiterbildungen

«Rund um die Verfügung»

Der Gemeindeverband führte gemeinsam mit dem Verband Schwyzer Gemeinden und Bezirke (vszgb) am 20. Oktober 2021 in Altdorf einen Kurs zum Thema Verfügungen durch. Dieser richtete sich sowohl an Behördenmitglieder als auch an Verwaltungsangestellte. Aufgrund des grossen Interesses prüft der Vorstand des Gemeindeverbands, den Kurs in den kommenden Jahren erneut durchzuführen.

Angebote des vszgb

Der Gemeindeverband arbeitet im Bereich Weiterbildung mit dem Verband Schwyzer Gemeinden und Bezirke (vszgb) zusammen. Somit können auch Urner Themen und Anliegen in den Kurskalender aufgenommen werden. Sämtliche Informationen zu den Kursangeboten finden Sie auf der Website des vszgb (www.vszgb.ch/Termine) und auf der Website des Urner Gemeindeverbands.

Termine

Frühjahrstagung 2022

Freitag, 8. April 2022, in Bürglen

Herbsttagung 2022

Freitag, 23. September 2022 (nach Ansage)

Herbsttagung 2022

Freitag, 4. November 2022, in Flüelen

Kontakt

Geschäftsstelle

Urner Gemeindeverband
Dätwylerstrasse 27
6460 Altdorf

info@gemeindeverband.ch / 079 617 73 56
www.gemeindeverband.ch

NRP-Regionalmanagement

Christine Widmer Baumann
Attinghauserstrasse 14
6460 Altdorf

bauwid@bluewin.ch / 079 336 44 34
www.gemeindeverband.ch/regionalmanagement